

Die Schicksalsstunde im Ruhrkohlenbergbau.

Aus Essen wird der *Tägl. Rundschau* geschrieben:
Noch nie stand der Ruhrkohlenbergbau im Mittelpunkt derart folgenschwerer Entscheidungen wie in den gegenwärtigen Tagen. Die nächsten 14 Tage werden über die Frage zu entscheiden haben, ob der wartenden und schmerzenden deutschen Volkswirtschaft das Fundament, das sie heute im Ruhrbergbau besitzt, entzogen wird, oder nicht; der Ausgangspunkt dieser ersten Entscheidung aber liegt verankert in der einen großen wirtschaftlichen Forderung der Ruhrkörpersleute, die man den Sechsstundentag nennt. Der Gedanke, die Arbeitszeit im Bergbau auf sechs Stunden zu verkürzen, hat sich in den Köpfen der Ruhrbergleute derart tief festgewurzelt, daß er allem Anscheine nicht mehr anzurufen ist. Und wird es nicht gelingen, die Bergarbeiter in jeder Stunde noch davon zu überzeugen, daß ein besiegtes und wirtschaftlich an den Rand des Abgrundes gedrücktes Land sich nie und nimmer weniger Arbeit leisten kann als ehemals in den Zeiten der wirtschaftlichen Blütheperiode, dann wird es für Deutschland unabänderlich heißen: Nun ist alle Hoffnung fahen. In diesen Tagen werden zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Ruhrbergbau die Tarifverhandlungen geführt, die bis zum Ende des laufenden Monats abgeschlossen sein müssen. In der Frage der *Sozialerhöhung* wird sich dann dem weitgehenden Entgegenkommen der Besitztümer eine Einigung erzielen lassen; die Frage des Sechsstundentags aber stößt auf besorgniserregende Schwierigkeiten. Die Arbeitgeber werden diese Forderung nicht bewilligen. Sie können und dürfen es nicht; denn es wäre Wahnsinn und Vermeßenheit, wollten sie die Hand bieten zur Zerstörung des letzten Restes unserer Volkswirtschaft, die bei Einführung des Sechsstundentags unvermeidlich sein würde. Darüber sind selbst maßgebende sozialdemokratische Bergarbeiterführer sich einig. Der Ruhrkohlenbergbau hängt augenblicklich an einem seidenen Faden. Drahtseilabriden, Dynamitfabriken und andere industrielle Betriebe, die unumgänglich notwendige Bedarfsartikel für den Bergbau herstellen, liegen in großer Anzahl still, weil es ihnen an Kohlen gebricht. Die *Rundschau*-fabriken arbeiten nur noch teilweise. Bei Gesehmünde liegen 250 Schiffe im Hafen, die wegen Kohlenmangels nicht ausfahren können. Greift die Einstellung der für den Bergbau lebenswichtigen Betrieb, so ist um sich, dann wird die Stunde in absehbare Nähe gerückt sein, wo der Ruhrkohlenbergbau zum Erliegen kommt. So stehen im Augenblick die Dinge. Die erste Lage wird noch wesentlich verschlimmert durch die Friedensvertragspflicht, die uns die Lieferung von Kohle an die Entente auferlegt. Die Verteilung der Schicht zu je sechs Stunden, wie sie angeregt worden ist, läßt sich nicht durchführen, wie auch von Bergarbeiterführern selbst zugegeben wird. Es würde eine außerordentlich starke Vermehrung der Belegschaft des Ruhrbergbaues zur Voraussetzung haben; und selbst, wenn diese zu bewerkstelligen sein würde, so muß letzten Endes die *Wahsinnungsbeziehung* die praktische Durchführung des Gedankens der dreiteiligen Sechsstundenschicht naturgemäß vereiteln. Mit banger Besorgnis sehen die alten erfahrenen Leiter des praktischen Bergbaues den kommenden Entscheidungen entgegen. Und diese Besorgnis wird geteilt von einer großen Zahl sachkundiger Arbeiterführer, die sich ihr kaltes, nüchternes Urteilsvermögen bewahrt haben. Es ist kein Zweifel, daß der Sechsstundentag nur mit der Waffe des Streits zu erkämpfen ist, falls die Verpleute auf dieser Forderung beharren werden. Und was die Stilllegung des Ruhrbergbaues durch einen Streik unter den heutigen Umständen bedeuten würde, bedarf keiner weiteren Erläuterung. An der Ruhr zieht die Schicksalsstunde des deutschen Wirtschaftslebens heran.

Die Kaiserfrage.

— Eine neue Note an Holland? Vom Telegraph meldet der gewöhnlich gut unterrichtete Parlamentsberichterstatter des Daily Telegraph, es würde an die niederländische Regierung eine neue Note gesandt, die demnächst durch einen Ausschuss von Rechtsachverständigen der alliierten Regierungen aufgestellt werde. Man meint, daß entweder der Lordkanzler oder der Attorney-General bald in dieser Angelegenheit nach Paris geht. Man macht sich gleich Vor-
sorgung an darauf gesetzt, daß längere Unterhandlungen stattfinden würden.

Der Böhmerbund.

Der Beginn der Arbeiten. Wie nach einem Funkpruch der englischen Station Carnarvon aus London gemeldet wird, begann der Völkerverbund am Dienstag seine praktische Arbeit. Zum ersten Male nehmen deutsche Delegierte an den Beratungen teil. Der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes, der im Rahmen des Völkerverbundes geschaffen wird, wird zusammentreten, um die formalen Arbeiten, die sich aus der ersten Konferenz in Washington ergeben haben, zu behandeln und zu erwägen, wie den Beschlüssen, die bezüglich des Achtstundentages, der Nachtarbeit von Frauen und Kindern in Fabriken, der Arbeitslosigkeit, des Wöchnerinnenschutzes und der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren gefaßt worden, praktische Gestalt gegeben werden soll. Der Verwaltungsrat steht unter dem Vorsitz des früheren französischen Munitionsministers und Sozialistenführers Albert Thomas und wird sich aus Vertretern der Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Kanada, Spanien, der Schweiz, Dänemark, Argentinien, Japan, Polen und Deutschland zusammensetzen und umfassen. Ferner Vertreter der Arbeitgeber von Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, der Tschecho-Slowakei und der

Schweiz und Arbeiterdelegierte von Frankreich, Holland, Großbritannien, Schweden, Kanada und Deutschland.

— Die Botschafterkonferenz in Paris hat sich mit der Frage der Verteilung der deutschen Kriegsschiffe unter die Verbündeten beschäftigt. Frankreich ist nicht zufrieden, daß die fünf ihm zu liefernden deutschen Kreuzer und zehn Zerstörer ohne Bewaffnung geliefert werden. Der Marineminister sagt, es habe den Anschein, als ob Deutschland von dem Umstand gewisser Unvollkommenheiten im Texte des Friedensvertrags Nutzen ziehen wolle; denn er sage nicht klar, daß die Lieferung der Schiffe mit vollständiger Bewaffnung erfolgen solle. Trotz längerer Ausrsprache konnte die Botschafterkonferenz, die nächsten Montag ihre zweite Sitzung abhalten wird, zu keinem Ergebnis gelangen.

Und dem besetzten Gebiet.

— Die Zeitumstellung. Das Echo du Rhin meldet, daß vom 1. Februar ab im zivilen Leben die Uhr um eine Stunde im besetzten Gebiet vorgerückt werden soll, ebenso bei den Eisenbahnen im Rheinland. Nur die internationalen Grenzzüge behalten die jetzige Zeit bei, aber auch bei ihnen wird am 1. März die neue Zeit eingeführt mit einem Unterschied von annähernd 5 Minuten.

Deutschland.

Das Attentat auf Erzberger. Reichsminister Erzberger ist am Dienstag durch Professor Dr. Reich unter Zuziehung eines Chirurgen wiederum untersucht worden und es wurde eine Wundtogaufnahme vorgenommen. Die Aufnahme ergab, daß die Kugel im Schulterblatt liegt und daß sie Teile des Schultergürtels zerplittert hat. Es hat ein großer innerer Bluterguß stattgefunden. In eine Entfernung des Geleisses ist vorläufig nicht zu denken. Der Minister leidet fortgesetzt unter großen Schmerzen. Obgleich Lebensgefahr nicht besteht, so ist doch eine außerordentlich große Schwäche vorhanden. Außer der Schulterwunde hat Erzberger noch eine kleinere Verletzung am Kopfe davongetragen. Nach der Untersuchung wurde Erzberger wieder nach seiner Wohnung gebracht. Die Aerzte haben unbedingte Ruhe geboten. Der Minister erhebt nur die dringendsten Staatsgeschäfte. In der Preussischen Landesversammlung hielt Präsident Meinel eine Ansprache, die die Minister stehend entgegennahmen. Er drückte darin den Abscheu des Hauses vor dem Mordanschlag auf Erzberger aus und entbot diesem die herzlichsten Wünsche für seine baldige Genesung.

Die Abfindung der Hohenzollern. In dem Geistesentwurf über die Auseinanderziehung zwischen dem preussischen Staat und dem Eigentum der Krone erzählt man: Grundriß zur Verteilung der Auseinanderziehung muß der § 153 der Verfassung sein, der die Unverletzlichkeit des Staatseigentums garantiert. Die größte Schwierigkeit zur Lösung der Frage, welche Güter, Liegenschaften und Mobilien zum Privatbesitz des Könighauses gehörten, ob dem Staate zufallen, bildet die Tatsache, daß mit der Auflösung eines fast mehr als 500 Jahren vergrößerten Besitzes in kürzester Frist gerechnet werden müsse. Durch den Vergleich des Könighauses mit einem großen Teil der in den einzelnen Gebäuden usw. befindlichen Kunst- und Wertgegenstände wurde dieser Prozeß erleichtert. Durch die Rechnungsschwierigkeiten ist königlichen Theater auf die Staatskasse waren Verzögerungen untermiedlich. Trotzdem gelang es, den Entwurf in weit durchgearbeiteter, daß er umgehend der preussischen Landesversammlung vorgelegt werden kann. Man kam überein, dem Könighause die bereits seit über 100 Jahren als Privataerente zutreffenden 2,5 Millionen Taler, gleich 7,5 Millionen Mark weiterhin zuzubilligen, während die sogenannte Kontribution in Höhe von 10 Millionen Mark jährlich nach dem Grundstabe ohne weiteres im Fortfall kommt, im übrigen aber eine einmalige Entschädigung in Höhe von 100 Millionen Mark dem Könighause zur Ablosung des festen Besitzes nicht in Form direkter Zahlungen, sondern in Ablösung der Reichs- und Staatssteuer zu gewähren. Das gesamte Objekt, um das es sich bei dieser Auseinanderziehung handelt, dürfte mit 800 bis 1000 Millionen Mark nicht zu hoch geschätzt sein. Weiterhin sind in dem Vergleich die Rechte an den Schlössern und Gebäuden geregelt worden. Ein Teil geht auf den Staat über, während ein Teil der Schlösser in dem Besitz der Krone weiterverbleibt, u. a. behält der Kaiser Schloß Stolzenfels am Rhein. Dem Kaiser wird Schloß Homburg dem Kronprinzen wird Schloß Cecilienhof an Potsdam zur Verfügung gestellt.

Der Deutsche Städtetag hat zur Begründung der Ernährungsfrage den Hauptausschuß einberufen. Zu dem Hauptthema „Die Stellung der deutschen Städte und der Landwirtschaft zur Ernährungswirtschaft“ werden berichtigten Übergrüßmeister von Wedelstätt, Gelsenkirchen, Bürgermeister Dr. Döfner, Stuttgart und Stadtrat Prof. Dr. Landsberg, Magdeburg.

7. Die Arbeitsleistung der Eisenbahnwerkstättenarbeiter. Wie der Minister der preussischen Eisenbahnverwaltung mittheilt, hat die Eisenbahnverwaltung seit der Demobilisierung die Zahl ihrer Arbeitnehmer in den Werkstätten auf 160 000, d. h. um mehr als das Doppelte vermehrt. Gleich die Eisenbahnverwaltung ausserdem von der Friedensleistung jeder Werkstatt 60 v. H. in Abzug brachte, blieb der gerechte Durchschnitt aller Arbeitsleistungen hinter dieser Anforderung noch um 60 v. H. zurück. Eine Anzahl Werkstätten leistete nur ein Viertel, ja ein Sechstel bzw. ein Achtel dieser Leistung. Die Verdienstmöglichkeit der Arbeiter soll durch das Arbeitsgesetz nach oben nicht begrenzt werden, es soll lediglich von dem Willen und der Geschicklichkeit des Arbeiters abhängen, wie hoch sich sein Einkommen belaufen wird.

Die Schließung der Eisenbahnwerkstätten. Aus allen Orten, in denen die Schließung der Eisenbahnwerkstätten erfolgt war, sind in Berlin Nachrichten eingelaufen, die bezeugen, daß zwar in Verhandlungen die Lage der Arbeiter lebhaft erörtert wurde, daß es aber meistens zu Unruhen gekommen ist. Daß jetzt Führer der Eisenbahnbewegung in Frankfurt a. M. in Schutz genommen wurden, hat auf die arbeitswilligen ruhigen Elemente, die von einer kleinen Minderheit terrorisirt wurden, einen günstigen Einbruch gemacht. Es ist daher zu hoffen, daß die Arbeiter in gerechter Würdigung der Nothwendigkeit des Regierungsschrittes weiterhin Ruhe halten.

Der Reichsminister Koch führte in Bremen in einer von der demokratischen Partei veranstalteten Versammlung über die politische Lage aus: Die Aufgabe der Regierung ist, nachdem der größte Teil des Volkes allmählich zu der Ueberzeugung gebracht ist, daß wir ohne Ordnung untergehen müssen, als Vollstrecker des Willens der Bevölkerung diese Ordnung mit allen Mitteln herzustellen. Der versöhnungsmäßig zulässige Ausnahmestand ist dabei unvermeidlich. Ueber den Einheitsstaat ämterte sich der Minister dahin, daß Unitarismus und Zentralismus grundsätzlich verschieden sind. Was die Befugnisse der deutschen Mittelstaaten angeht, so ist keine Notwendigkeit gegeben, in ihre versöhnungsmäßigen Infraktionen einzuweichen. Schwierigkeiten bestehen nur bei dem Dualismus zwischen Deutschland und Preußen, und hier eine bessere Zusammenarbeit zu erzielen, wird der Erfolg des preussischen Antrags sein. Einer gewaltthätigen Heiligung Preussens bedarf es aber zu diesem Zweck nicht: im Wege der natürlichen Entwicklung wird das Reich sich von selbst als das Stärkere erweisen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind unendlich groß. Arbeitslosigkeit ist dank der richtigen Behandlung der Massen zurückgekehrt. Wer auch heute noch längt noch nicht so viel gearbeitet, wie notwendig ist, um Deutschland zu ernähren. Dadurch, daß man dem einzelnen mehr Papiergeld gibt, wird die gesamte Menge an Waren, die zur Verfügung stehen, nicht erhöht. Die Beamten scheinen mit der Einsicht voranzuschreiten, daß nur vermehrte Arbeit uns helfen kann, wie ich bei den Verhandlungen mit dem Deutschen Beamtenbund habe feststellen können. Ein Schlichtungsgefäß muß baldigst eröffnet werden, um den trivialen politischen Streit ein Ende zu machen. An dieser Bedingung für den Eintritt der Demokratie in die Regierung, halte ich fest. Auch die Einführung der Akkordarbeit zu beschleunigen, namentlich durch geeignete Maßnahmen in den Eisenbahnbetrieben. In der Auslandspolitik ist die Wiederherstellung einer Einheitsfront dringend erforderlich. Eine Regierung, die von rechts als zu schwächlich und von links als zu provokatorisch bezeichnet wird, hat vor demher ein schweres Stand. Die Koalition ist trotz der unvermeidlichen Unterschiede in den Parteien die einzig mögliche Regierungsform. Sie erfordert von allen drei Parteien Opfer. Wer sie aber zerbricht, macht jede Regierung unmöglich. Eine Verbreiterung der Koalition zur deutschen Einheitsfront, ein Ministerium des nationalen Blaks, ist bei der verderblichen Haltung der Unabhängigen unmöglich. Nach einer Auseinandersetzung mit den Rechtsparteien schloß der Minister: Man muß mit zusammengefaßten Kräften versuchen, dem drohenden Unheil zu wehren. Man soll nicht immer nur den Zusammenbruch sehen, sondern mit Stolz der Haltung gedenken, die Hoff und Herr 4 1/2 Jahre hindurch bewiesen hat. Nur das Vertrauen zum deutschen Volk gibt den Anspruch darauf, im öffentlichen Leben tödlich zu sein.

Die Winterreise ins Rheinland. Die preussischen Minister, die das Rheinland besuchen, werden am Sonntag, den 31. Januar abends in Berlin abreisen und am Montag früh in Köln eintreffen. Am Montag sind Sitzungen bei der Regierung und Besprechungen mit dem Domkapitel sowie mit dem Beirat beim Staatskommissar für das Rheinland vorgesehen. Die Besprechungen werden sich wohl auch noch auf den Dienstag ausdehnen. Vorher Köln sollen auch Düsseldorf, Remscheid, Erier und Wiesbaden besucht werden. Das genaue Programm für den Besuch dieser Städte steht noch nicht fest. Auch der Landwirtschaftsminister Braun wird an der Reise teilnehmen. Minister Heine beteiligt sich nicht an der Reise, da die Verfassungsfrage seine Anwesenheit in Berlin notwendig macht.

Die Heeresstärke nach dem Friedensvertrag. In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des Telegraphen erklärte Kossel, die Rutenen und die Entente hätten das größte Interesse daran, daß Deutschland bald zur Ruhe komme. Viel eher komme die Entente noch im letzten Augenblick zu der Ansicht, daß das Deutschland erlaubte Heer von 100 000 Mann nicht in der Lage sei, die Ruhe im Mittelpunkt Europas zu gewährleisten.

Die polnischen Bildhärker haben sich in der von den Polen kaiserlich besetzten Stadt Thorn an ihr Kulturwerk gemacht. Sie haben die Standbilder Friedrichs des Großen und Kaiser Wilhelms I. in der Weise beauftragt, daß die Geiſtliche zur Bezeichnung von Gewehrſchäſſen gemacht wurden. Die Geiſtliche ſind dadurch völlig unkenntlich geworden. Außerdem ſind am Denkmal Friedrichs des Großen Stücke des Gutes und des Anſes, am Denkmal des alten Kaiſers Streifen des hiſtoriſchen Wapſes herausgeſchnitten. Auch das Denkmal Hermann Balles, des Gründers der Stadt Thorn, iſt durch Gewehrſchäſſe beſchädigt. Dieſe Kulturiraten reißen ſich nämlich denen des vorigen Jahres an, die darin beſtanden, in den durch Revolte vor dem Friedensvertrage beſetzten poſeniſchen Städten deutliche Denkmäler von den Feinden zu ſtürzen und mit Pfeilen durch die Straßen zu ſchleifen.

D Aus Nordfriesland. Die internationale Kommission, bestehend aus dem englischen Gesandten in Kopenhagen, Berling, Paul Glauert (Schweden), dem Kammerherrn v. Schönbom und dem norwegischen Telegraphendirektor Dr. Frøst, ist mit Extrazug in Flensburg eingetroffen. Die Kommission wurde von den höchsten Offizieren der Befehlstruppen empfangen. Im Anschluß an die Empfangsfestlichkeiten kam es zu kleinen Ausschreitungen einer Anzahl von Dänen, welche den Danebrog schwenkten, der ihnen von Deutschen entziffen und ins Wasser geworfen wurde. Die Deutschen gaben an, durch herausfordernde Reden der Dänen gereizt worden zu sein. Ein Reichsbanner, der die Deutschen mit einem Totschläger bedrohte, wurde verhaftet.

D Gegen die Weinversteigerungen. In der preussischen Landesversammlung ist ein dringender Antrag Dr. Kalle der Deutschen Volkspartei dahin gestellt worden, die Staatsregierung zu ersuchen: 1. Sobald wie möglich anzuordnen, daß die preussische Domänenverwaltung von der Abhaltung von Weinversteigerungen bis zu weiterer Abhilfe; 2. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Abhaltung von Weinversteigerungen im Reich für die nächste Zeit, zum mindesten für ein Jahr, verboten werde.

Partei-politisches.

Die Stellung der Deutschen Volkspartei zur Regierung. Der Abg. Stresemann nahm in einer Part beifenden Versammlung der Deutschen Volkspartei in Frankfurt Stellung zu den jüngsten Ausführungen des Reichsministers Koch (über die an anderer Stelle berichtet wird). Eine Teilnahme der Partei an der Regierung könne erst nach den Neuwahlen, die den Willen des Volkes zeigen müßten, in Frage kommen, aber ohne Konzessionen der Partei; vielmehr müßten hier gewisse Voraussetzungen gegeben werden. Forderungen der Partei seien: Entpolitisierung des Beamtentums, Schaffung einer Kammer der Arbeit und unbedingter Ausschluß Erzbergers aus der Regierung. Bezüglich der Valutatschwierigkeiten sagte Stresemann, amerikanische Finanzleute hätten ihm gegenüber geäußert, solange Deutschland Finanzminister habe, der keine Achtung vor heiligen Verträgen hätte, die mit dem Gedanken gespielt hätten, Werte durch Absteigerung zu vergrößern, solange könne Deutschland nicht verlangen, daß es internationalen Kredit bestimme. Man wolle keine deutsche Regierung unterstützen, die sozialistische Experimente mache, die in Amerika nachgeahmt würden. Unser wirtschaftlicher Organismus sei nicht totkrank, wir hätten ausländische Anstriche in Fülle; aber es fehle u. a. an Kohlen, an einem geordneten Verkehrswesen und an einer zielbewußten Politik der Regierung in der Frage der Rohstoffbeschaffung.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 27. Januar 1920.

Nach der Beileidsandgebungen für den Reichsminister Erzberger erledigte das Haus in dritter Beratung den Gesetzentwurf betr. Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse. Dann setzte es die Besprechung der landwirtschaftlichen Fragen fort, die in den verschiedenen vorliegenden Anträgen behandelt werden und sich auf Zuckerpreise, Beschaffung von Stroh und Kaffee für die Landwirtschaft und auf die Aufhebung der Zwangswirtschaft beziehen. Es liegt ein demokratischer Antrag vor, der wünscht, daß alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Ausnahme von Getreide und Milch freigegeben werden, sobald die Ernte 1920 für den Verbrauch zur Verfügung steht. Die Debatte erstreckte sich so ziemlich über alle Fragen unserer Ernährungswirtschaft. Der Gegenstand ist schon so häufig behandelt worden, daß ein näheres Eingehen an dieser Stelle überflüssig erscheint. Aus der Rede des Landwirtschaftsministers Brauns verdient hervorgehoben zu werden sein Zugeständnis, daß mit der Beilegung der Zwangswirtschaft einmal ein Anfang gemacht werden müsse, und daß es ihm scheine, als ob dieser Anfang am besten beim Zucker gemacht werde. Er trat ferner für die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung ein, Erhöhung der Kohlenproduktion und lehnte die Sozialisierung für die Landwirtschaft ab, die nur jemand verlangen könne, der von den Dingen nichts versteht. Jetzt gelte es, zu produzieren, nicht zu sozialisieren. Es ist erfreulich, derartige vernünftige Äußerungen aus dem

Runde des preussischen Landwirtschaftsministers zu vernehmen, dem man eine gewisse Hinneigung zum Radikalismus nachsagt. Eine Abstimmung über die vorliegenden Anträge fand heute noch nicht statt. Die nächste Sitzung ist auf morgen, 12 Uhr, angesetzt.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Die Opfer Schiriens. Laut Berl. Lokalanz. erhielt die Hauptstelle des Internationalen Roten Kreuzes aus Vladivostok die Nachricht, daß von den mehr als einer halben Million österreichisch-ungarischer Kriegsgefangenen in Rußland nur noch der vierte Teil am Leben sei; die übrigen seien sämtlich Opfer der Entbehrungen und ansteckenden Krankheiten geworden.

Frankreich.

Erhöhung der Heeresstärke. Auf Wunsch Millierands wurde Marshall Joffre nach Paris berufen, um bei der Neuordnung der französischen Streitkräfte mitzuwirken. Der Kammer ist eine Vorlage von der Regierung zugegangen, welche die Erhöhung des Mannschaftebestandes der französischen Armee um ein Drittel gegenüber dem Friedensstande von 1914 vorsieht.

England.

Der Kanaltunnel. Der Daily Mirror glaubt zu wissen, daß die britische Marine- und Militärbehörden, welche die Frage des Tunnels unter dem Ärmelkanal bearbeiteten, derselben günstig gegenüberstehen. Sie haben allerdings einen Vorbehalt getroffen, der ihnen die Kontrolle des Kanals auf englischer Seite sichert.

Unruhen in den Kolonien. Havas meldet aus Bombay vom 25. Januar: Am 24. Januar nachmittags begannen die Streikenden die Magazine in dem Viertel der Spinner zu plündern und Steine auf die Straßenbahn zu werfen, deren Betrieb eingestellt wurde. Eine Abteilung Polizisten und Soldaten, begleitet von Beamten, wurde mit Lastautos an Ort und Stelle gebracht. Die Lastautos konnten sich jedoch keinen Weg durch die Menschenmenge bahnen. Die Aufforderung zum Auseinandergehen wurde mit einem Steinhaufen beantwortet. Schließlich besaßen die Beamten zwei Soldaten, zu schreien. Darauf zerstreute sich die Menge. Ein Streikender wurde getötet, mehrere leicht verletzt. — Nach dem R. Mott. Cour. wird drahtlos aus London gemeldet, daß britische Truppen an der indischen Grenze bei Erzwingung des Abzuges der indischen Truppen von drei Seiten vorgehenden Feind eine äußerst erbitterte Schlacht lieferten. Die britischen Truppen hatten schwere Verluste. Es gelang ihnen jedoch, dem Feind eine empfindliche Schlappe beizubringen. — Havas meldet aus Delhi: Ein Verhör wurde zwischen Zarn und Haba bei Roishera angeordnet und eine Bombe gegen ein Abteil 1. Klasse geschleudert, ohne jemanden zu treffen. — Daily Express meldet aus Cairo zu den Unruhen in Tondak nordwestlich von Cairo: Vor der Moschee wurden heftige patriotische Reden gehalten. Die Menge hatte Unruhe verursacht und gerufen: „Ägypten den Ägyptern, nieder mit Wilner!“ Vier englische Soldaten wurden von den Manifestanten verwundet, 20 Ägypter wurden getötet und 55 verwundet. Es wurde der Belagerungszustand verhängt.

Rußland.

Sinrichtung der Jarenmörder. Das in Chicago erscheinende Blatt der Kommunisten bringt einen Bericht der Moskauer Pravda, daß die russischen Jarenmörder, im ganzen 14 Personen, wegen des Mordes an der Jarenfamilie und Veranlassung der Leichen hingerichtet worden sind.

Ungarn.

Unannehmliche Friedensbedingungen. Die Agentur Havas meldet aus Budapest: Die militärischen Vertreter Ungarns haben den Bevollmächtigten der Entente ein Memorandum überreicht, das die Unannehmlichkeit der militärischen Bedingungen des Friedensvertrages darlegt. Die Note erklärt die von der Entente für die ungarische Armee bewilligte Stärke von 35 000 Mann als ungenügend zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern, zum Grenzschutz gegen die Bolschewiken, sowie zur Ausführung der den Alliierten gegenüber eingegangenen Verpflichtungen. Ein Soldatenheer könne sich Ungarn in seiner gegenwärtigen elenden finanziellen Lage nicht leisten. Die Denkschrift veranschlagt hierauf die für Ungarn nötige Stärke und erklärt,

daß Ungarn ebensowenig wie früher jetzt daran denken werde, imperialistische Tendenzen zu verfolgen.

Eine Ursache der Hochwasserkatastrophen.

Eine Hauptursache der letzten Hochwasserkatastrophen am Rhein ist selbstverständlich die rasche Schneeschmelze in abnorme Menge der Niederschläge. Eine weitere Ursache ist die Zerschlagung der Eisberge, die in der ersten Hälfte des Jahrhunderts nach 1870 erforderlich war, um den Rhein in den 80er Jahren größere Schmelzwasserfluten zu bändigen. Nach mancher Verarmung flacher gebende und breitere Schlepplänge oberhalb und tiefer gebenden entschied man sich wegen der großen Strömungssicherheit für die letzteren. Als man sie trat aber der mäßliche Umstand zu Tage, daß die gebenden Röhre bei Mittel- und Kleinwasserstand gehörig abgeladen werden konnten und so ihren Zweck dem billigen Wege Rastentransporte zu erreichen, erfüllen konnten. Ein Ausweg fand sich dann in Stromkorrektur. Vänge- und Quertribben, letztere in Sackgassen zu den ersten, wurden angelegt, um eine Landung der Nebenarme des Vater Rheins und dessen tiefen zu ermöglichen, und das Fahrwasser (Hahn) wurde durch Baggern ständig offen gehalten. Abgesehen davon, daß bei recht kleinem Wasser immer noch die Schiffe verwendet werden konnten und mußten, war eine Abhilfe geschaffen. Aber auch gegen das Hoch war die Korrektur im Frieden ein großer Schutz, und hat annehmen können, daß ein Wasserstand, wie der 1882 und noch schlimmer, derjenige im Januar 1883, wieder vorkommen könnte, weil die stets ausgebaute Fahrrinnen bei steigendem Wasser alsbald einen ordentlich starken Abfluß sicherten. So veränderten nämlich die eintrichternden Stellen, die bedeutungsvollen Nebenarme, kurz alle solche Stellen, wo bei früheren Hochwasserständen beträchtliche Wassermengen im Strom Aufnahme finden konnten. Es müßten hier nur eine sein: der vollkommen veränderte Rheinteil zwischen Kempten und Freiweilheim (insgesamt der Rheins, der bei Kempten, Hattenheim und Erbach, bei der Petersau bei Maling, Radenheim, am Altheim usw. Da kam der Krieg. In wurde zwar auch für Heereszwecke an einzelnen Stellen im Rheingau gebaggert, aber die Fahrrinne legte sich anderen sehr wichtigen Stellen zu, wurde im ganzen schmaler und vorbei war es mit dem raschen Wasserlauf und eine Katastrophe war bei schnell steigendem Wasser unvermeidlich.

Totentanz.

In einer auswärtigen Zeitung finden wir folgende nur zu wahren Zeiten:

Die neue Zeit erfordert neue Sitten. Die verwunderliche Welt der Totentanz. Bisher pflegten die Menschen, wenn Tod bei ihnen eingetroffen war, still zu werden, in Tränen zu versinken. Das ist nun so langsam anders geworden, bis man die Begräbnisse zuletzt mit einem Tanz beschließt. Vielleicht werden auch zu Ehren der Verstorbenen an ihrem Sterbe- oder Bestattungsorte Familienbälle eingelegt. Das leiten scheinbar die Dämonen ein: „Theater mit Ball, der Reinerlös wird zu Ehren unserer Gefallenen verwendet.“ Also Totentanz! Wie paßt ihr so schön zusammen, ihr fröhlichen Tänzer und unglücklichen Priester. Welch einen Trost können die trauernden Angehörigen schöpfen, wenn sie euren lustigen Tanz zwischen den Toten haben nichts miteinander gemein. Tanzgeld für die Ehrenfeier der Gefallenen ist eine Verirrung. Oder ist's eine gute Gelegenheit, zu tanzen, ein Fest zu feiern und Mantel des Selbstgerechten legt man dann Tanzgeld auf Altar für unsere gefallenen Brüder? Ich würde es nie bezweifeln, wenn am Stein meines Bruders auch nur ein Schmetterling eines Tänzers flöte, der an alles andere dachte, nicht an unsere lieben Gefallenen. Deshalb bitte ich im Namen der Angehörigen von Gefallenen: beweist eure Liebe auch durch eine ernste Feier, auch durch eine ernste Aufführung durch einen schönen Familienabend, oder auch durch eine einfache Gedächtnisfeier, jeder nach seinen Verhältnissen und seiner Liebe.

St. Peter.

Eine Lebensgeschichte von Hedwig Lange.

Das hat er nun davon. Das kommt von solchem Ameinanderherumgehen, Verleumdungen und Sichausschweigen, statt im geeigneten Moment den Mund aufzutun und zu sagen: So und so hängt die Geschichte zusammen. Ich kann wohl sagen, mir könnte so etwas nicht passieren.“

Dr. Rastenberg lächelt flüchtig.

„Nun, da liegt doch wohl etwas Tieferes zugrunde als ein bißchen Maulerei und Redefaulheit, wie Sie anzunehmen scheinen. Es ist dies eben eine Geschichte aus dem menschlichen Menschentum, eine Geschichte von Irrtum und Reue, wie sie tausendfach vorgekommen und sich tausendfach wiederholen wird, solange kurzfristige Menschen leben.“

„Warum er aber nicht an dem Kinde gutzumachen suchte,“ wagt Ise endlich zu sagen, „was er an der Mutter gefündigt, das ...“

„Verstehen Sie nicht,“ vollendet er, als sie plötzlich abbricht, weil ihr die Stimme nicht mehr gehorcht. „Ich glaube es aber zu verstehen. Das Kind sollte ein reiferes Urteil gewinnen. Es sollte sich freiwillig für oder gegen ihn entscheiden.“

Wieder tritt eine ernste Pause ein, in die hinein Ise plötzlich mit dem Versuch, leicht zu sprechen, sagt: „Ich glaube, es regnet nicht mehr.“ Sie ist aufgestanden und lehnt sich, ihrer Gesellschaft den Rücken wendend, auf die Galerie. „Ich möchte es doch einmal draußen versuchen.“ Sie schlüpfte eilfertig an dem beiden vorbei. Heute folgt ihr keiner. Selbst der frohsinnige, allen Sentimentalitäten abhold Heidehof fühlt, daß da in Ise eine Saite berührt worden ist, die in der Einsamkeit ausschlagen muß.

7. Kapitel.

Die letzte Post bringt bereits die Geburtstagsendung der Tante. Ise zieht sich mit dem ansehnlichen Paket sogleich in ihr Zimmer zurück und öffnet mit kindlicher Neugier. Ehe sie jedoch zum Auspacken gelangt, zieht ihren Blick ein obenaufliegendes Päckchen an, auf das eine fremde, feine, verblüffte Schrift „An meine Tochter“ geschrieben ist.

Starr gaffen die Augen des Mädchens an dem vergilbten Kuvert. Die Aufschrift läßt ihr keinen Zweifel, daß sie ein Vermächtnis der Mutter in der Hand hält, daß eine tote aus dem Grabe zu ihr reden will. Ein Schauer, aus Ehrfurcht und einem mystisch geheimnisvollen Gefühl gemischt, rinnt ihr durch die Glieder, und als sie sich endlich entschließt, zu öffnen, da ist es ihr, als ob ihr Moderduft aus den Blättern entgegenweht, und sie hätte sich kaum gewundert, wenn sie bei der Berührung in Staub zusammengefallen wären. Im letzten Tageslicht am Fenster liest sie dann die Bekenntnisse einer Langverstorbenen.

Wenn diese Blätter in Deinen Händen ruhen, meine geliebte Ise, dann bist Du nicht mehr dasselbe Kind, das mit seiner Puppe zu meinen Füßen spielt, dann bist Du ein erwachsenes Mädchen, dessen Urteil reif genug ist, Recht von Unrecht, Irrtum von Schuld zu unterscheiden.

Was man Dir auch gesagt haben, wie man auch versucht haben mag, Dir das Andenken an die Mutter zu trüben, versuche in diesem Augenblicke, Dich von aller Beeinflussung, bewußter und unbewußter, zu befreien. Tritt mir und meiner Handlungsweise, welche Dir in folgendem enthüllt werden soll, mit dem ruhig fühlenden Blute des Fremden gegenüber, mit der sachlich prüfenden Ruhe des Richters, der die Schuld oder Unschuld des Angeklagten durch die Untersuchung feststellen will.

Ich appelliere nicht an die Duldsamkeit der kindlichen Liebe, welche trotz allem vielleicht in Deinem Herzen lebt ...

Vielleicht auch hat man Dir nichts von Deiner Mutter erzählt; Du weißt nichts weiter von ihr, als daß sie als geschiedene Frau gestorben ist. Aber diese Tatsache allein wird genügt haben, Dir mein Bild in ein ungünstiges Licht zu rufen. Du bist inzwischen groß geworden, hast Dich in der Welt umgesehen und dabei erfahren, daß geschiedene Frauen allemal der Hauch des Besonderen, Zweifelhaften umschwebt. Es ist so, auch wenn sie völlig schuldblos zu ihrem Geschick gekommen sind.

Ich war ein sehr frohsinniges Mädchen. Heute schüttelte ich den Kopf, wenn ich mir vorstelle, was für kleine Dinge mich glücklich und lachen machten. Ich war der Sonnenschein und der Bergzug meiner Eltern, die, da sie spät geheiratet hatten, verhältnismäßig alt für ihre Tochter waren. Das Leben im Elternhause gab mir leichte Pflichten; die geistlichen Veranlassungen unseres Städtchens

alle genossen, und ich genoß sie mit der ganzen Intensität meiner Jugend.

Wie mich die Eltern verwöhnten, so taten dies auch andere Leute. Die Räte Freitag — ich darf es heute noch dem wehmütigen Lächeln der alten, der Welt und ihren Freuden längst abgestorbenen Frau sagen — die Räte Freitag war immer die unworbenste Dame auf den Festen ihres Heimatstädtchens. Der Himmel hatte mich mit einem schönen Singstimm begabt; ich sang im Kirchenchor und wurde häufig mit Solopartien bedacht. Dies machte den hauptsächlichsten Stolz meines Vaters — des Kantors — aus. Unter den männlichen Sängern hatte die füllende Stimme ein Buchhalter aus der Zuckerfabrik draußen vor der Stadt. Er hieß Maywald und war ein auffallend schöner, eleganter Mann, der in den bescheidenen Salons unserer Bekanntschaft die Rolle des verwöhnten Löwen spielte. Der Mann war unbestreitbar verführerisch; unter allen Mädchen gab es nur eine Stimme darüber, und sie hätte sich glücklich geschätzt, die Kaiserin zu sein und mich zu haben. Ich — ja, ich, auf die es von Anfang an abgesehen, ich vermochte kein Zutrauen zu ihm zu fassen. Seine Nähe erregte mir Herzklopfen; ich wußte nicht, ob vor Glück oder vor Angst. Der Blick seiner schönen, schwarzen Augen hielt mich in einem faszinierenden Bann. In den Konzerten stand er stets in meiner Nähe; der Ton seiner wunderbaren Stimme traf immer mein Ohr. Ich wußte, er sang wie für mich allein; und zu solchen Momenten fühlte ich mich ganz in seiner Gewalt, und ich glaubte dann, daß es die Liebe war, welche diese geheimnisvolle Aufregung in mir hervorrief. Er begleitete mich von den Proben heim; bald kam er auch in unser Haus mit der leicht zu durchschauenden Absicht des Bewerbers. Meine Eltern verfluchten zu umstriden wie andere Leute; sie sahen es für ein großes Glück an, wenn ich Maywalds Gattin würde, der sich einer so bevorzugten Stellung in der Fabrik erfreute und alle Qualifikationen zum künftigen Direktor besaß. Aber ich — ich ging ihm aus dem Wege, soviel ich vermochte. Ich wußte das entscheidende Wort von Tag zu Tag hinauszuverschieben.

Fortsetzung folgt.

Die Valutafrage.

Wir haben in Deutschland eine ständige Valutakommission, deren Aufgabe es ist, die Bewegungen der Valuta zu verfolgen und wenn möglich Maßnahmen gegen eine Katastrophe zu treffen. Eine ihrer Unterkommissionen beschäftigte sich kürzlich in mehrstündigen Beratungen mit Fragen des Ein- und Ausfuhrhandels sowie mit der Preisgestaltung im Innern und in Verbindung damit mit der Entwicklung der Valuta. Als Ergebnis der Verhandlungen stellte sie folgende Leitsätze auf:

1. Die Valutakommission hat davon Kenntnis genommen, daß für die nächsten Monate zur Finanzierung der Einfuhr von Lebensmitteln sehr erhebliche Beträge zu Devisen erforderlich sein werden. Die Kommission ist der Ansicht, daß diese Einfuhr zwar unter den gegenwärtigen Verhältnissen als eines der Mittel zur Hebung der Arbeitslosigkeit und damit der Produktion notwendig ist, daß aber die Einfuhr von Lebensmitteln, die auch für Reichsfinanzverwaltung erhebliche finanzielle Opfer mit sich bringt, möglichst eingeschränkt, und daß dabei vor allen Dingen angekrebt werden muß, durch eine planmäßige, auch im Innern zu verfolgende Politik, die Einfuhr von Lebensmittel-fertigfabrikaten, wie Schmalz, Speck und Fleisch, durch eine solche von landwirtschaftlichen Rohstoffen, insbesondere Futtermitteln und Getreide, zu ersetzen.

2. Die Kommission ist der Ansicht, daß alle Luxus-einfuhr zu verhindern ist. Als solche sieht sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen alle für die Ernährung nicht unbedingt notwendigen Genussmittel an, z. B. Wein und Kaffee, für die bisher noch erhebliche Kontingente bewilligt worden sind.

3. Die Kommission ist der Auffassung, daß an den bestehenden Einfuhrverboten für alle Halb- und Fertigfabrikate festgehalten werden muß, und daß für diese Artikel eine Einfuhrbewilligung nur von Fall zu Fall unter besonderer Berücksichtigung der Förderung einer Wiederausfuhr erteilt werden kann.

4. Die Kommission hat davon Kenntnis genommen, daß für Rohstoffe bisher im allgemeinen Einfuhrverbote bestanden, daß aber hiervon für Textilien durch eine Verordnung vom 30. September 1919 eine Ausnahme dahin vorgesehen ist, daß die Einfuhr von Textilrohstoffen, einschließlich Rohseide, ohne die Notwendigkeit der Erfüllung irgendwelcher Formalitäten vollkommen freigegeben ist. Die Kommission ist nach den Erfahrungen der letzten Monate der Ansicht, daß eine weitere Freigabe von Rohstoffen für die Entwicklung des Marktes von verderblicher Wirkung sein muß, da bei der steigenden Preiskonjunktur im Innern und bei der zu erwartenden weiteren Erhöhung des Preisniveaus Industrie und Handel angesichts der sicheren Aussicht, die Waren später mit Gewinn im Inlande zu veräußern, über ihren Bedarf und vielleicht auch über die angesichts der Rohschwierigkeiten gegebene Verarbeitungsmöglichkeit hinaus Waren kaufen werden. Die Kommission empfiehlt daher, die Wiedereinführung eines Einfuhrverbotes auch für Textilrohstoffe vorzunehmen und von der Aufstellung einer allgemeinen Rohstoff-freiliste abzusehen. Eine Kontrolle der Einfuhr der sämtlichen Rohstoffen gebietet sich schon aus dem Grunde, weil ohne eine solche keine Gewähr dafür gegeben ist, daß die aus den Rohstoffen hergestellten Waren zu einem angemessenen Prozentsatz wieder ausgeführt werden. Bei der Prüfung der Einfuhrbewilligungen muß nach Ansicht der Kommission Rücksicht darauf genommen werden, daß keine Gegenstände hergestellt und in den inländischen Verbrauch gebracht werden, die wie in unserer augenblicklichen Not noch entbehren können (Seidenfertigfabrikate, Kupferfertigfabrikate usw.). Die Kommission erkennt die Schwierigkeiten der Durchführung einer solchen Kontrolle der Wiederausfuhr an. Sie glaubt, daß die Regelung in der Praxis zweckmäßigerweise Organisationen des Handels und der Industrie unter der Einflussnahme der Regierung überlassen bleiben müßte. Sie befürwortet die Inanspruchnahme einer strengen Durchführung der bestehenden Einfuhrverbote, um hierdurch Industrie und Handel zur Bildung der notwendigen Organisationen zu veranlassen.

Der Markkurs ist in der Schweiz am Montag weiter von 7 auf 6 gefallen, in Holland auf unter 3 Cents. In Berlin und in Frankfurt setzte sich die Steigerung der Devisenkurse am 26. Januar im freien Verkehr fort, doch kamen nur wenige Abschlüsse zustande, weil der stürmischen Nachfrage kein entsprechendes Angebot gegenüberstand. Genannt wurden in Berlin Geldkurse für

	Letzte Notierung am 22. Jan.	Kurs am 2. Jan.
Holland	3200	2500
Kopenhagen	1350	1200
Stockholm	1700	1375
die Schweiz	1500	1200

Geldkurse meldet aus Frankfurt a. M. vom 26. Januar, nachmittags die folgenden Notierungen: Französische Franken 685, Schweizerische Franken 1520, holländische Gulden 3100, englische Pfund 310, Dollar 82.

Kunst und Wissenschaft.

(-) Prof. Kaulbach f. Der bekannte Kunstmaler Professor Fritz August v. Kaulbach ist nach einer Meldung aus München in Obstadt bei Murnau gestorben.

Kirche und Schule.

— Ostervergebung. Der durch die Besten bekannt gewordene Erlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, nach welchem bei den Vergewaltigungen zu Ostern 1920 auf die schweren Hemmnisse des letzten Schuljahres Rücksicht zu nehmen ist, kann so wird und geschrieben, leicht zu falscher Auffassung führen. Es kommt naturgemäß nur für die Anstalten derjenigen Bezirke in Frage, in denen tatsächlich der Unterricht durch Verkehrsstörungen, Kohlennot und unzureichende Ernährung ernstlich gefährdet wurde. Es liegt sicher nicht im Sinne des Erlasses, unfähige und unfleißige Schüler durch Nachsicht in eine höhere Klasse zu bringen. Das entspricht nicht der ernsten Forderung unserer Zeit an alle Vornehmlich auch die Jugend, durch gewissenhafte Pflichterfüllung und treue Arbeit beim Aufbau mitzuhelfen. — Einsichtige Eltern werden die Worte des Ministers nicht falsch deuten und auch ihre Kinder vor falscher Auffassung zu bewahren wissen.

Vermischte Nachrichten.

* Die Seife wird teurer. Die Seifen-Herstellung und Vertriebsgesellschaft in Berlin gibt unter dem 21. Januar bekannt: Infolge des Sturzes unserer Währung während der letzten Monate sind die für die Herstellung der Seife unentbehrlichen ausländischen Öle und Fette gegenwärtig etwa dreimal so teuer, als im Sommer 1919. In Zukunft kostet das Stück Kernseife von 300 Gramm sieben Mark, das Stück Feinseife von 100 Gramm 3,75 Mark. Der Preis für Seifenpulver wird auf 1,50 Mark für das Halbpfund-Paket erhöht. Es läßt sich heute noch nicht absehen, ob damit die Preisbewegung nach oben ihr Ende erreicht hat.

Verkehr.

(-) Fünfzigprozentige Erhöhung der Fahrpreise. Die bereits angekündigte beträchtliche Erhöhung der Güter- und Personentaxen auf der Eisenbahn wird laut Berliner Tageblatt nach dem Abschluß des Tarifvertrages ab 1. März in Kraft treten. Der Aufschlag auf die bisherigen Fahrpreise dürfte danach mehr als 50 Prozent betragen.

Industrie, Handel und Gewerbe.

Als Vertreter des Handwerks in der Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurden vom Reichsverband des deutschen Handwerks die Herren Justizrat Prof. Dr. Eringer (Charlottenburg) und Malermeister Jol (Geding) bestimmt; als Stellvertreter der Generalsekretär des Deutschen Handwerks- und Gewerkschaftsbundes Dr. Meusch (Hannover) und Malermeister Emil Kruse (Berlin).

Aus Provinz und Nachbargebieten.

* Einschränkung des Post-Dienstbetriebes an Sonn- und Feiertagen. Nach allgemeiner Bestimmung sind die Postschalter an Sonn- und allgemeinen Feiertagen von fest an im Sommer- und Winterhalbjahr vormittags nur eine, höchstens eineinhalb Stunde offenzuhalten. Demzufolge sind beim hiesigen Postamt künftig die Schalter von 8 — 9½ Uhr vorm. geschlossen. Die Annahme von Paketen ist auf dringende beschränkt. Postanweisungen und Zahlkarten, abgesehen von telegraphischen, sowie Wertbriefe sind von der Annahme ausgeschlossen.

!! Hilfe für die Hochwasserbeschädigten. Der Regierungspräsident in Wiesbaden hat folgendes Telegramm aus Koblenz vom 19. Jan. erhalten: Von dem mir durch die Reichsregierung zur Verfügung gestellten Betrag zur Unterstützung der durch das Hochwasser geschädigten Bevölkerung überweise ich Ihnen einstuftweise den Betrag von einer halben Million Mark zur Verteilung nach Ihrem Ermessen; ich ersuche dies sofort zu veröffentlichen und mir über die Verwendung demnächst zu berichten. Reichskommissar von Starn.

!! Frankfurt, 27. Jan. Das unvorsichtige Umgehen mit der Gasleitung während der Gasperre hat in der letzten Zeit viele Opfer gefordert. So haben allein am letzten Sonntage sieben Personen an Gasvergiftung. — Auf der Heimfahrt von einer Dienstreise nach Neu-Isenburg wurden nachts gegen 2 Uhr das Polizeiauto im Stadtwald von einer etwa 30-köpfigen Bande überfallen. Zwei Kriminalbeamte wurden durch Messerschläge und Stockschläge sehr schwer verletzt, dem Autoführer schlug man eine Anzahl Zähne aus. Ferner rannte man die Beamten aus. Die Missetäter, die einer hiesigen Fußballvereinigung angehören, konnten bereits festgenommen werden.

!! Bad Homburg v. d. H., 25. Jan. Ueber die Gründe, die zur plötzlichen Entlassung des Generaldirektors Feldsieber von der Angewandtschaft führten, wird jetzt bekannt, daß sich der Betriebsleiter von Geschäftsführern zur Erlangung von Erleichterungen für den Betrieb außerordentlich hohe Provisionen, Schmiergelder, zahlen ließ. Die Gesellschaft mußte den großen Provisionen gemäß sehr hohe Preise bei ihren Lieferanten anlegen. Direktor Feldsieber lebte auf sehr großem Fuße und kam aus dem Vergnügungstempel gar nicht heraus.

!! Höchst a. M., 28. Jan. Der im hiesigen Bahnhof beschäftigte Hilfskassenführer Antkes aus Wülfersbach hat zwei Waggons mit Bahnschrauben und Zementrohren und fuhr diese in einem Sonderzug nach Krißfeld. Hier wurden die Waggons von den Helfern entladen. Das Diebstahl wurde von der Frankfurter Eisenbahn-Kriminalpolizei bei der Firma Fischer u. Liz in Krißfeld beschlagnahmt. — Wenn Diebe sich schon Sonderzüge für ihre Ergründung - Diebstähle leisten, so muß man mit Recht fragen: „Wo wir in dieser Halle die Kuffert, bezog die Dienstleitung der betreffenden Bahnhöfe?“

!! Kirdorf, 26. Januar. Die Wahl eines Pfarrers für unser Kirchspiel ist heute geschehen. Nach einer Ansprache des Dekans Leber-Dausenau, anschließend an das Wort „Wir sind Gottes Mitarbeiter und ihr seid Gottes Adressat“ wurde von den 31 erschienenen Mitgliedern des Kirchenrates und der größeren Gemeindevertretung der vier Kirchspielorte zur Wahl geschritten. Sämtliche 31 Stimmen fielen auf Hilfsprediger A. Went, Frankfurt/Main Adelsheim.

Aus dem Unterlahnkreise.

Wohltätigkeitskonzerte veranstaltet der Arbeiter-Bildungs-Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei in Diez am 31. Januar und in Ems am 1. Februar, zum Besten der Krieger-Witwen und Waisen. Es wird uns dazu geschrieben: Um die entstehenden Unkosten so niedrig wie möglich zu halten, wurde in beiden Städten das Konzert arrangiert. Das Männer-Quartett Friedrich a. H. wurde mit der Ausgestaltung des Programms betraut, und es steht dem Besucher des Konzertes ein außerordentlicher Kunstgenuss bevor. Noch im Arbeitsverhältnis stehend, wurden diese 18 Sänger durch die Liebe zum Gesang wie zu einer Familie zusammengeführt, wodurch nun die außerordentlichen Leistungen erklärlich sind. Von diesen liegen uns eine Reihe von Zeitungsberichten vor, die anzuführen der beschränkte Raum in der Zeitung uns verbietet. Es sei nur erwähnt, das nur sozialer Eintritts-Programme mit Texten zu 2 Mark verausgabt werden, wie Plätze vorhanden sind. Freiwillige Spenden für den genannten Zweck werden in verschiedenen Lokalen, die durch weiße Plakate in deutscher und französischer Schrift kenntlich gemacht sind, entgegen genommen. Die Verteilung der Ueberschüsse geschieht durch den Arbeiter-Bildungs-Ausschuß unter Beteiligung eines hiesigen städtischen Beamten. In Anbetracht der guten Sache darf der Arbeiter-Bildungs-Ausschuß wohl auf ein volles Haus und auf die Unterstützung weiterer Volkskreise rechnen!

Aus Ems und Umgegend.

* Die Sozialdemokr. Partei veranstaltete am Dienstag im hiesigen Saalbau eine öffentliche Versammlung, die sehr stark besucht war. Das Thema des Abends lautete: Republik oder Monarchie, über das Parteisekretär Witte aus Wiesbaden referierte. Der Redner bestrebt sich, aus der Geschichte seit 1806 Material zusammenzutragen, um die Widerwertigkeit des monarchischen Systems zu beweisen. Dem stellte er dann die Errungenschaften der Revolution, das freieste Wahlrecht der Welt, Abschaffung der Sonderrechte, restlose Durchsetzung des Volkswillens usw. gegenüber. Er nahm die jetzige Regierung gegen Angriffe von rechts und links in Schutz, indem er sie als Konföderationswahrer des alten Systems bezeichnete und außerdem auf die Wirkungen einer Koalition mit anderen Parteien hinwies. Der Redner erklärte, daß die Mehrheitssozialisten sowohl die Monarchie wie die Mädelitatur ablehnen, daß sie es für ihre Pflicht ansehen, das deutsche Volk wieder emporkzuführen. In der Aussprache nahm zunächst E.-M. Dr. Meuser die alte Regierung in Schutz, unter der Monarchie herrschte doch noch einige Stetigkeit in der Politik, errang Deutschland seine nun wieder verlorene Weltgeltung. Er forderte auf, in diesen Zeiten der Not nicht das Trennende, sondern das Einigende, das deutsche, nationale Bewußtsein mehr hervorzuhellen. Gegenüber den Angriffen des Referenten auf das Offizierskorps gab Dr. Meuser die vom Vorwärts mitgeteilten Verlustziffern an: 1 Offizier auf 26 Mann, während in der Truppe 1 Offizier auf etwa 100 Mann kommt. Die weitere Debatte drehte sich dann fast nur noch um Leistungen oder Verfehlungen des Offizierskorps. Im Schlußwort setzte sich Parteisekretär Witte besonders mit den Entgegnungen von Dr. Meuser auseinander. Dabei wies er darauf hin, daß die sozialistische Arbeiterpartei die Aufrufung der Rheinischen Republik verhindere, daß die jetzige Regierung zweifellos von dem besten Willen befeuert sei. Postgeschäfte, Kaffee, der die ganze Versammlung geleitet hatte, schloß die Versammlung mit einer Empfehlung der Festlichkeit am kommenden Sonntag.

* Einquartierung. Beim Einquartierungsamt wird 3. St. die Frage geprüft, in welchem Umfang diejenigen Einwohner Anspruch auf Gewährung einer Entschädigung dafür haben, daß sie durch Aufnahme von Besatzungstruppen in ihr Haus nicht in der Lage waren, ihren Gewerbebetrieb usw. zu eröffnen. Ansprüche sind unter Benutzung eines vorgeschriebenen Formulars beim Einquartierungsamt zu stellen. Das Formular ist beim Einquartierungsamt zu haben.

* Elternversammlung. Morgen Freitag, den 30. Jan. nachmittags 5.30 Uhr findet in der Aula der Kaiser Friedrich-Schule für die Eltern der Kaiser Friedrich-Schule wie auch der Pädagogischen unter Vorsitz des Direktors Dr. Hasenhorst die erste Elternversammlung zur Vorbereitung der Elternbeiträge statt. Jede Schule wird einen besonderen Elternbeitrag haben, doch sollen mit Rücksicht auf diejenigen Eltern, die zugleich Kinder an der Realschule und an der höheren Mädchenschule haben, die einführenden Bekanntmachungen in einer gemeinsamen Versammlung erfolgen.

* Dialonissenheim. Die Bewaltung des Krankenhauses teilt uns mit, daß der in dem Eingangs vom 23. Januar gerägte Mangel an Heizung schon in kürzester Zeit beseitigt war, so daß von einer Gefährdung der Kranken kaum die Rede sein konnte.

* Die Staats- und Gemeindeabgaben für die Zeit vom 1. 1.—31. 3. 20 sind in der Zeit vom 1.—15. Februar bei der Stadtkasse einzuzahlen. Auf die diesbezügliche Bekanntmachung im heutigen Anzeigenteil wird besonders hingewiesen.

!! Fackbach, 28. Jan. Ihr 40jähriges Jubiläum als Hebamme feierte gestern Frä. Kath. Kapitan. Aus diesem Anlaß wurde ihr zum Oberpräsidenten im Auftrage des Ministers für Volkswohlfahrt ein Anerkennungsdiplom zugestellt. Die Fackbacher können ihre Mitbürgerin am besten dadurch ehren, indem sie dafür Sorge tragen, daß Frä. Kapitan sich nicht zu dem — Erwerbslosen zu rechnen braucht.

Aus Diez und Umgegend.

* Aufnahme von Schülerinnen in die Realschule. Durch Ministerialverfügung ist der Realschule zu Diez auf Antrag des Direktors Dr. Diezau gestattet worden, zunächst probeweise auf ein Jahr Schülerinnen, die die aus den Klassen VII—II bestehende höhere Mädchenschule zu Diez absolviert haben, in die Untersekunda der Realschule gegen Absehung einer Aufnahmeprüfung ab Ostern 1920 aufzunehmen. Dadurch ist den Schülerinnen der hiesigen höheren Mädchenschule die erfreuliche Gelegenheit geboten, in Diez selbst das Abschlußexamen eines Abcums sich zu erwerben, und damit ist, wenn auch auf anderem Wege, der Ausbau der höheren Mädchenschule zu einem Abcums geschritten. Für die Stadt selbst aber bedeutet diese Erlaubnis eine ganz beträchtliche Ersparnis, die allein für die 1. Klasse sich auf etwa 4—5000 Mark belaufen würde. Zugleich dürfte es der Bürgerschaft von Interesse sein, daß ihre Realschule wohl als erste Nichtvolksschule diese Neugestaltung, die zugleich erfreuliche Aussichten für die Zukunft bietet, durchführen wird.

* Geiger-Konzert. Der Violinvirtuose E. Cherny veranstaltet am Sonntag im „Hof von Holland“ ein Konzert. Dem Geiger geht ein guter Ruf voraus. In Rezensionen über seine Konzerte in Wiesbaden und anderen Städten lesen wir, daß der Künstler über eine brillante Technik, nervigen Ton und gediegene Auffassung verfügt. Der Vortrag wird bezeichnet als „immer rassist und temperamentvoll; aber sein Temperament ist gebändigt durch einen seltenen künstlerischen Ernst.“ Der den Geiger begleitende Pianist Otto Schmidt-Braunbach wird in einer Rezension über ein kürzlich in Oberlahnstein gegebenes Konzert der beiden Künstler als ein tüchtiger Musiker bezeichnet, der in Technik und Temperament ausgezeichnet zu dem Geiger paßt.

Aus Nassau und Umgegend.

* Als Kreisstadtsvertreter der Stadt Nassau wurde Bürgermeister Hasenclaver mit 9 Stimmen von den Stadtverordneten wiedergewählt, 3 Stimmen entfielen auf Bernhard Weimann.

AMBI-Massivbau

AMBI, Abt. V Berlin-Johannisthal.

